

### 3. Landesdelegiertenrat 2006

15. September in Halle (Saale)



#### Beschluss des Landesdelegiertenrates

#### Strukturen und Projekte gegen Rechts weiter solide finanzieren!

Ende diesen Jahres laufen die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus „Civitas“ und „entimon“ aus. Eine Anschlussfinanzierung ist nicht geplant. Künftig sollen langjährige Projekte nur dann eine Förderchance haben, wenn sie sich „inhaltlich neu erfinden“ oder in ein kommunales Gesamtkonzept vor Ort integriert sind. Bisher konnten sich zivilgesellschaftliche Träger direkt bewerben, nun dürfen nur noch Kommunen, Kommunalverbände oder Landkreise Anträge stellen. Freie Träger werden auf diese Weise zu Bittstellern und geraten in ein ungutes Abhängigkeitsverhältnis.

Faktisch drohen nun vielen etablierten und erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen das Aus. Die Struktur- und Langzeitprojekte sowie mobile Beratungsstellen und das Aussteigerprogramm EXIT fallen weg und aufgebaute Netzwerke brechen ein. In Sachsen-Anhalt droht das Ende der Opferberatung des Vereins „Miteinander“ e.V.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt protestieren auf das Schärfste gegen die Pläne der Großen Koalition. Mit der ausbleibenden Finanzierung werden erfolgreiche Strukturen und Projekte im Kampf gegen den Rechtsextremismus zerschlagen. Dies ist fahrlässig und brandgefährlich, bleibt doch der erstarkende Rechtsextremismus eine Herausforderung an unsere Demokratie, wie nicht nur das aggressive Auftreten der NPD in den Landtagswahlkämpfen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern vor Augen führt.

Gerade auch in Sachsen-Anhalt ist die bedrohliche Gefahr von Rechts spürbar. Das Land führt die deutschlandweite Statistik der rechtsextremen Gewalttaten mit 4,3 Taten pro 100.000 Einwohner an. Sowohl die rechtsextremen Straf- als auch die Gewalttaten haben im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt deutlich zugenommen. Nach Angaben der Landesregierung erhöhte sich die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund von 741 (2004) auf 1.100 (2005). Rechte Gewalttaten nahmen von 73 auf 116 zu.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine weitere solide inhaltliche und finanzielle Unterstützung der bestehenden Strukturprojekte gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Gleichzeitig muss sie sich in den laufenden Verhandlungen um den Landeshaushalt für 2007 klar zur Kofinanzierung von Landesseite äußern.

Es muss weiter darum gehen, ein gemeinsames Antragsrecht von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Trägern gegen Rechts zu verankern. Denn vielen Kommunen fehlt das Problembewusstsein oder der Wille für eine entschiedene Auseinandersetzung gegen Rechts vor Ort.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern außerdem die sachsen-anhaltischen Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU auf, den Vorhaben der Bundesregierung ihre Zustimmung zu verweigern.

befasst:

ja  nein

überwiesen an:

LaVo  LFG  LPT

Abstimmung:

ja: ..... nein: ..... Enthaltung.: ....